

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt MdB/MdEP, SPD-
Parteivorsitzender, stellt
fest, daß die Sozialdemo-
kraten am 6. März einen
überzeugenden Erfolg an-
streben: 1983 - ein ent-
scheidendes Jahr.

Seite 1

Wolfgang Clement sieht in
Geißlers Angriffen einen
Beweis für die Unsicher-
heit der Union: Kluft zwi-
schen Worten und Handeln.

Seite 3

Hermann Scheer MdB kriti-
siert, daß die Grünen im
Wahlkampf die CDU unter-
stützen: Unpolitische Bi-
gotterie.

Seite 4

Klaus Thüsing MdB weist
nach, wie die Rechtsregie-
rung in Menschenrechtsfra-
gen opportunistisch arbei-
tet: Pharisäerhafter Kohl.

Seite 5

Olaf Schwencke MdEP be-
grüßt den kulturpoliti-
schen Lagebericht von
Reinhold Schattenfroh:
Die SPD muß einen kultur-
politischen Lernprozeß
vollziehen.

Seite 7

Dokumentation

Brief Volkmar Gaberts MdEP
an CDU-Generalsekretär
Geißler: Neue Mauer durch
das deutsche Volk errich-
tet.

Seite 9

38. Jahrgang / 6

10. Januar 1983

1983 - ein entscheidendes Jahr

Sozialdemokraten streben am 6. März einen überzeugenden
Erfolg an

Von Willy Brandt MdB/MdEP

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es steht jetzt fest, daß am 6. März ein neuer Bundestag
gewählt wird. Richtiger wäre gewesen, wenn man im Herbst
auf den Vorschlag von Helmut Schmidt eingegangen wäre.
Die Bedenken gegen das Verfahren, das mit dem fingierten
Mißtrauensvotum vom 17. Dezember eingeleitet wurde, waren
schwerwiegend. Doch nun ist entschieden, und es gibt in
unserer politischen Arbeit nichts wichtigeres, als für
einen überzeugenden Erfolg am 6. März zu sorgen.

Das Hamburger Ergebnis vom 19. Dezember war, nachdem schon
Hessen und Bayern ermutigende Zeichen gesetzt hatten, ein
nicht übersehbares Signal für die ganze Bundesrepublik.

Widerlegt finden sich damit vor allem jene, die uns So-
zialdemokraten für den Fall des Ausscheidens aus der Bun-
desregierung Schlimmes prophezeit hatten: Absinken in lang-
jährige Bedeutungslosigkeit, hoffnungslose Flügelkämpfe,
vielleicht sogar Spaltung. Stattdessen zeigten sich rasch:
Geschlossenheit, vielfältige Aktivitäten, neue Mitglieder,
wiedergewonnenes Vertrauen. Kein Zweifel, daß die Art und
Weise, in der die FDP-Spitze ihr Spiel betrieb, hierzu we-
sentlich beigetragen hat. Es hat sich außerdem bestätigt,
wie relativ gut auch in schwieriger Zeit eine traditions-
reiche Partei dran ist, die aus mehr als einer Quelle
schöpfen und sich auf das selbstlose Engagement vieler
einzelner stützen kann.

Der interministernen Regierung Kohl/Genscher/Zimmermann
ist schnell die Luft ausgegangen. Außer äußerlicher Ge-
schäftigkeit und schwammigen Aufrufen zur Erneuerung gab
es unausgewogene Entscheidungen in der Wirtschafts- und
Sozialpolitik. An konkreter Politik zur Lösung der unser
Volk bedrängenden Probleme ist nicht viel sichtbar gewor-
den. Die Probleme bleiben, die Lasten werden schwerer. Da-

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Verändertes Erscheinungsbild
mit einem neuen Roboter
Logo



mit ist jetzt klar - für die einen ermutigend, für die anderen entmutigend: Die Trendwende ist für die breiten Schichten unseres Volkes nicht vorteilhaft und sie ist schon gar nicht schicksalhaft.

Das Ergebnis der Neuwahlen ist offen. Eine neue Mehrheit für die Union ist alles andere als sicher. Aber was wird aus der vom Volk tatsächlich vorhandenen Mehrheit diesseits der Union? Ich bin sicher: Die inhaltliche Auseinandersetzung kann zu neuer Meinungsführerschaft und zur politisch führenden Rolle der Sozialdemokraten führen, wenn es gelingt, die Gefahren einer Zersplitterung fortschrittlicher Kräfte sichtbar zu machen. Nur eine starke SPD ist in der Lage, der wackeligen Einheitsfront aus CDU, CSU und FDP wirksam Paroli zu bieten.

Vor allem wird aufzuzeigen sein, daß der Weg der jetzigen Bonner Regierung wirtschafts- und sozialpolitisch in die Irre führt, und daß er gegen elementare Gebote der sozialen Gerechtigkeit verstößt. Daß es darauf ankommt, in den Industriestaaten jetzt eine expansivere Wirtschaftspolitik zu betreiben, die neue Arbeitsplätze schafft. Wir werden deutlich machen, daß wir am liberalen und sozialen Rechtsstaat festhalten, ihn festigen wollen. Und nicht, wie die Konservativen, wieder zurückdrehen, was in den siebziger Jahren an neuer Freiheit geschaffen wurde. Wir werden deutlich machen, daß wir für eine konsequente Politik (und vernünftige Investitionen) zum Schutz der natürlichen Umwelt eintreten.

Und wir werden nicht zuletzt klarmachen, was in der Friedens- und Sicherheitspolitik auf dem Spiel steht. Was auf unser Land zukommen müßte, wenn die von uns mit einigem Erfolg vorangetriebene Entspannungspolitik aufgegeben würde. Jedermann weiß ja, daß 1983 das Jahr ist, in dem darüber entschieden wird, ob die Rüstungsspirale in Europa eine weitere Umdrehung macht, oder ob es endlich gelingt, mit der Rüstungsbegrenzung Ernst zu machen.

Wir leisten unseren Beitrag für eine Verständigung in Genf: Damit auf östlicher Seite und überhaupt die Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Stationierung neuer amerikanischer Waffen in unserem Land überflüssig machen. So entspricht es dem deutschen Interesse, und so will es die große Mehrheit unseres Volkes, bis weit in die Anhängerschaft der CDU/CSU hinein.

Unser Wahlparteitag in Dortmund steht jetzt kurz bevor. Dann gehen wir - die Genossen in Rheinland-Pfalz mit Hugo Brandt und in Schleswig-Holstein mit Björn Engholm zusätzlich in die wichtige Auseinandersetzung um ihre Landtage - in einen wiederum entscheidenden Abschnitt des Ringens um das Vertrauen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich wünsche uns allen für die große gemeinsame Anstrengung, die vor uns liegt, viel Kraft, aber auch gelassenes Selbstbewußtsein und Vertrauen in unsere Fähigkeit zu überzeugen.

Mit Hans-Jochen Vogel haben wir die hierfür jetzt am besten geeignete Persönlichkeit als unseren Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen. Er hat sich der neuen Aufgabe überzeugend angenommen. Mit ihm, der schon bisher viel zusätzliches Vertrauen gewonnen hat, und mit unseren Argumenten in der Sache können wir es schaffen.

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +

(Dieser Beitrag erscheint auch im Sozialdemokrat Magazin)



Kluft zwischen Worten und Handeln

Geißlers Angriffe beweisen die Unsicherheit der Union

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Angriffe von Herrn Geißler auf die Sozialdemokraten sind von einer solchen Maßlosigkeit, daß man sie nur mit der wachsenden Nervosität und Unsicherheit in der Führung der Union im Angesicht des nahenden Wahltermins erklären, wenn auch nicht entschuldigen kann. Doch wir überlassen den CDU-Generalsekretär mit seinen ihm selbst disqualifizierenden Äußerungen getrost dem Urteil der Öffentlichkeit. Sie wird wissen, was von einem Mann zu halten ist, der sein Christsein beständig im Munde führt, aber eine politische Agitation betreibt, die nur noch aus Primitivvorwürfen gegen andere besteht.

Die Unsicherheit der Unionsführung resultiert ganz offensichtlich aus dem wachsenden Vertrauen, das namentlich dem SPD-Kanzlerkandidaten entgegengebracht wird, und zugleich aus der Enttäuschung vieler Bürger, auch der schon sicher geglaubten eigenen Anhängerschaft, weil die Kluft zwischen Worten und Handeln der CDU/CSU immer deutlicher zutage tritt. Um es am Beispiel Geißlers zu erläutern, der ja in seinem faktischen Nebenberuf auch noch Familienminister ist: Wer vorgibt, sich ganz besonders dem Schutz der Familie verpflichtet zu fühlen, aber in der Regierungsverantwortung durch die Bank Entscheidungen trifft, die in ihren Auswirkungen vor allem zu Lasten der Familien gehen - beispielsweise im Mietrecht oder in der Ausbildungsförderung -, der sollte sich über einen Vertrauensschwund nicht beklagen, wie ihn die Union jetzt offenbar registrieren muß.

Im übrigen ist schon bemerkenswert, daß diejenigen, die am lautesten nach Fairneß- und Wahlkampfabkommen rufen, zum Mittel der Verunglimpfung greifen, noch bevor über derartige Vereinbarungen überhaupt ernsthaft gesprochen werden konnte. Dies müßte eigentlich den Bundestagspräsidenten auf den Plan rufen, dessen sicher gutgemeinte Anregung unter den Tiraden des Herrn Geißler endgültig verschüttet zu werden droht. Herr Stücklen sollte den CDU-Generalsekretär deshalb alsbald und nachdrücklich an die Regeln des Anstands zwischen politischen Gegnern erinnern.

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +



Unpolitische Bigotterie

Die Grünen unterstützten im Wahlkampf die CDU

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des SPD-Parteirates

Die Erklärungen aus den Reihen der Grünen häufen sich, daß ihr Hauptgegner der Grünen im Bundestagswahlkampf die SPD sei. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf den politischen Zustand und die Funktion der Grünen.

Für die SPD ist und bleibt der Hauptgegner die CDU/CSU. Gerade deshalb sind deutliche Worte zu den Wahlkampfabsichten der Grünen notwendig. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die CDU/CSU die Regierungsmacht übernommen hat und am 6. März die Gefahr einer Festigung dieser Macht für einen längeren Zeitraum besteht, haben maßgebliche Vertreter der Grünen nichts wichtigeres im Sinn, als die Schwächung der SPD. Damit knüpfen die Grünen nahtlos an ihr Verhalten der letzten Jahre an, in denen sie die ständige Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der CDU/CSU nicht kümmerte. In unpolitischer Bigotterie hielten sie es mit der These von der angeblichen Unterschiedslosigkeit der "etablierten Parteien". Seit dem 1. Oktober 1982 besteht reichlich Gelegenheit, die Haltlosigkeit dieser pauschalen Abgrenzung zu "den Parteien" zu erfahren.

Aber diese Erfahrung schert viele Wortführer der Grünen und ihr Umfeld wenig. Jetzt befürchten sie, daß manche Protestwähler der vergangenen Jahre wieder SPD wählen. Deshalb legen sie ihre Wahlkampfbemühungen darauf an, mit all ihrer Kraft die Glaubwürdigkeit der SPD in Zweifel zu ziehen. Daß davon - wie gehabt - allein die CDU/CSU profitieren wird, ist ihnen offensichtlich nebensächlich. Nebensächlich scheint ihnen auch, daß die CDU/CSU dadurch umso eher in die Lage versetzt wird, nach dem 6. März genau das Gegenteil der Ziele der Grünen zu verwirklichen: Nachrüstung, Ausbau der Kernenergie und Abbau "investitionshemmender Vorschriften" im Umweltschutz, Einschränkung des liberalen Rechtsstaats.

Bleibt es bei diesem Wahlkampfkonzept der Grünen, dann sind sie für den 6. März die fünfte Kolonne von Kohl, Geißler und Strauß, die ihren Wahlkampf allein darauf anlegen, die SPD als unglaubwürdig hinzustellen und atmosphärisch zu isolieren. Indem die Grünen dieses tun, machen sie genau das, was sie "den Parteien" laufend vorwerfen: Wahlkampfstrategie und billige Effekthascherei gehen vor Inhalt und Verantwortung. Auf diesem Wege werden sie zu einem schlechten Abbild derjenigen Karikatur, die sie selbst über andere Parteien zeichnen.

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +



Pharisäerhaft Kohl

Menschenrechtsfragen beantwortet die Rechtsregierung mit Opportunismus

Von Klaus Thüsing MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Flüchtlingsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

In seiner Neujahrsansprache stellte Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl mit der Miene des Biedermanns fest: "Auch heute bedrückt uns die Verletzung der Menschenrechte in weiten Teilen der Welt." Konkret fielen dem Bundeskanzler als Länder nur Polen und Afghanistan ein, nicht aber beispielsweise der NATO-Partner Türkei, wo die Menschenrechtssituation ungleich schlechter und bedrückender ist als etwa in Polen und Systemgegner mit Folter und Mord bedroht werden.

Im pharisäerhaften Gegensatz zu der Behauptung von Kohl steht auch das Verhalten der Bundesregierung in den Vereinten Nationen, in denen kurz vor Weihnachten die große Mehrzahl der Staatengemeinschaft die lateinamerikanischen Länder Chile, El Salvador und Guatemala wegen fortgesetzter und systematischer Menschenrechtsverletzungen verurteilte. Die Bundesregierung aber enthielt sich bei dieser Abstimmung der Stimme - gehört also zu den Lauen, die nach einem Bibelwort ausgespien werden müssen.

Wie steht es um die Menschenrechte in den drei genannten lateinamerikanischen Ländern? Die Bundesregierung hätte sich beispielsweise des neuesten Jahresberichtes von amnesty international bedienen können, der über diese Länder ausführlich berichtet.

Über Chile stellt amnesty international fest, daß die neue Verfassung der Regierung einen Gesetzesrahmen bietet, der systematische Menschenrechtsverletzungen ermöglicht. Weiter wird die fortbestehende Praxis verurteilt, Menschen in geheime Verhörzentren zu verschleppen, in denen Verhöre oft ununterbrochen von Folterungen begleitet sind. Das Schicksal der zwischen 1973 und 1977 Verschwundenen wurde durch die Behörden in keinem einzigen Falle aufgeklärt.

Über El Salvador wird von amnesty international erneut die Tatsache bestätigt, "wonach reguläre Sicherheits- und Militäreinheiten für die weitverbreiteten Folterungen, Verstümmlungen und Morde an nicht an Kampfhandlungen beteiligten Zivilisten aus allen Teilen der salvadorianischen Bevölkerung verantwortlich sind". Die Todesschwadronen, auf die die Regierung in aller Regel verweist, werden



nach Zeugenaussagen von Mitgliedern der Sicherheitskräfte gestellt und ihre Mordaktionen von ranghohen Militäroffizieren geplant. Selbst die Flüchtlinge, die in kirchlichen Einrichtungen Schutz gesucht haben, sind vor Verschleppung und Schnellgerichten nicht sicher. Amnesty international spricht insgesamt von einer "erschütternden Menschenrechtssituation" in El Salvador.

Über Guatemala stellt amnesty international als Tatsache fest, "daß Personen, die der Regierung tatsächlich oder vermeintlich kritisch gegenüberstanden, systematisch ohne Haftbefehl festgenommen, gefoltert und ermordet wurden". Ein von amnesty international im Februar 1981 veröffentlichter Bericht zog die Schlußfolgerung, "daß Folter und Mord Teil eines geplanten und langjährigen Programms der guatemaltekischen Regierung seien". Daran hat sich nach einem Sonderbericht, der unter dem Titel "Staatlicher Massenmord in Guatemala" im Dezember 1982 erschien, auch seit der Machtübernahme durch General Ephraim Rios Montt im März 1982 nichts grundsätzlich geändert. Der Bericht stellt in der Schlußfolgerung fest: "Nach einem Handlungsmuster, das sich nicht wesentlich von dem vorausgegangener Regierungen unterscheidet, versuchen die guatemaltekischen Sicherheitskräfte nach wie vor die gewaltsame wie die nicht gewaltsame Opposition durch Fötungsaktionen unter Kontrolle zu bringen." Nach wie vor werden insbesondere in den Kampfgebieten ganze Dorfgemeinschaften wahllos ermordet.

Die blutigen Opfer der systematischen Menschenrechtsverletzungen haben die Bundesregierung ungerührt gelassen, zu nichts als einer Stimmenthaltung in den Vereinten Nationen bewegen können. Auch die Tatsache, daß in allen drei Ländern auch christdemokratische Politiker verfolgt werden und in Guatemala die katholische Kirche wegen angeblich aktiver Unterstützung der kommunistischen Subversion systematisch verfolgt wird und unter den Priestern viele Opfer zu beklagen sind, hat die christdemokratisch geführte Bundesregierung offensichtlich nicht rühren können.

Der Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte in allen Ländern verkommt in der Rechtskoalition zu einer Frage der politischen Opportunität und Zweckmäßigkeit; die Wahrung wirtschaftlicher Interessen der Bundesrepublik soll in jedem Falle Vorrang haben und schließlich scheint die vorgefaßte Meinung sich durchzusetzen, daß eigentlich nur Kommunisten Menschenrechte verletzen können und andere Staaten allenfalls bei der Abwehr kommunistischer Subversion einmal über das Ziel hinausschießen können. Die vor wenigen Tagen vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, dem CDU-Parlamentarier Dr. Alois Mertes, verlangte Lockerung der Richtlinien zur Beschränkung des Waffenexports paßt genau in dieses Muster: Waffenexporte gehen allemal vor Menschenrechten.

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +



Schattenfrohs Empfehlungen beherzigen

Die SPD muß einen kulturpolitischen Lernprozeß vollziehen

Von Dr. Olaf Schwencke MdEP

Präsident der kulturpolitischen Gesellschaft

Für die sozialdemokratischen Kulturpolitiker im Europäischen Parlament und im Bundestag, in den Landtagen, den Städten und Gemeinden ist der kulturpolitische Lagebericht, den der Kultur-Beauftragte beim SPD-Parteivorstand, Reinhold Schattenfroh, vor kurzem vorgelegt hat, ein wichtiges Dokument. Wird hier doch die aktuelle kulturpolitische Situation in der Bundesrepublik materialreich skizziert und aus sozialdemokratischer Sicht eine gut fundierte und personell auch zu realisierende Perspektive zum unzweifelhaft vorhandenen erheblichen Defizit in der Kulturpolitik der SPD vorgeschlagen. Es ist sehr zu wünschen, daß vor allem die Mandatsträger der SPD dieses kulturpolitische Szenarium nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sich an den Prozeß der Umsetzung machen. Sollte nicht endlich, nach dem kulturpolitische Diskussion in den Bundesparteien keinen erheblichen politischen Stellenwert hat, und zwar innerhalb wie außerhalb der EG, auch hierzulande ein politischer Lernprozeß einsetzen und kulturpolitische Folgen dort haben, wo Sozialdemokraten kulturpolitisch verantwortlich sind!

Schattenfroh empfiehlt dem Parteivorstand, "die Initiative zu ergreifen mit dem doppelten Ziel, einerseits dafür zu sorgen, daß die Partei sich insgesamt den Problemen des tiefgreifenden, in Gang befindlichen kulturellen Wandels in seiner ganzen Breite öffnet, und andererseits aber auch die altbewährten, auf jahrzehntelangen Traditionen beruhenden sozialdemokratischen Grundsätze in der Kulturpolitik zu bekräftigen und wieder stärker zur Geltung zu bringen".

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, eine "Tradition" zu beschwören, ohne ihr gegenüber die notwendige kritische Distanz zu bewahren: Sozialdemokratische Kulturarbeit hat - Ausnahme bilden lediglich die ersten Anfänge der Partei und zeitweise die Arbeit kleiner Gruppierungen der 20er Jahre, wo SPD zugleich auch "Kulturbewegung" war - nie politische Priorität in der Partei gehabt und sich gegenüber liberaler und bürgerlicher Kultur durch Eigenständigkeit abgesetzt hat. Das fatale "Unter den Waffen schweigen die Musen" des seinerzeitigen Sozialdemokraten Franz Mehring steckt der Partei noch allzu tief in den Knochen. Wie richtig die Berichts-Feststellung, daß die SPD die "Meinungsführerschaft in kulturpolitischen Angelegenheiten nur in Anspruch nehmen (kann), wenn sie sich in breiterem Umfang als bisher mit den (aktuellen und gesellschaftlichen und existentiellen) Problemen der Menschen und der Gesellschaft auseinandersetzt!" Wird diese Aufgabe zu bewältigen sein? Dieses ist durchaus schwieriger als der Kultur und den Künstlern gegenüber, insbesondere in Wahlzeiten, ein gewisses Verständnis zu demonstrieren!



Sicherlich wird in der Partei und in der Öffentlichkeit als Folgerung auf den Bericht die richtige Erkenntnis stehen, die kulturpolitische Arbeit der SPD zu intensivieren. Es ist allerdings davor zu warnen, das durch spontane Aktion meinen tun zu können. Sehr wichtig wären dauerhafte und verlässliche Kooperationen von SPD-Gremien auf allen Ebenen mit Kulturschaffenden und ihren Verbänden; und noch wichtiger wäre ein Nachdenken über die Maximen einer sozialdemokratischen Kulturkonzeption, was allerdings voraussetzt, daß die Partei ihr erhebliches theoretisches Defizit aufzubauen beginnt. Ein Anknüpfen an die Arbeit der Grundwerte-Kommission unter Leitung von Erhard Eppler wäre außerordentlich empfehlenswert.

Daß die ausführliche Überlegung etwa entsprechend der "Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik der SPÖ" etwas ähnliches für die Bundesrepublik zu gründen, inzwischen aufgegeben wurde, ist vernünftig. Nahezu alle bewußt sozialdemokratisch arbeitenden Kulturpolitiker, Kultur-Referenten und -Dezernenten, sind Mitglieder der sozial-liberal-orientierten kulturpolitischen Gesellschaft e.V., die 1976 gegründet wurde, und deren Aufgabenfeld die Zukunftsperspektive mit dem Begriff "kulturelle Demokratie" zu umschreiben ist. Alle von Schattenfroh durch ihre Arbeit beispielhaft genannten kommunalen Kulturdezernenten sind denn auch Gründungsmitglieder der kulturpolitischen Gesellschaft und zwei von ihnen sind beziehungsweise waren zugleich auch Vorstandsmitglieder.

Sehr begrüßenswert ist die Einrichtung des vorgeschlagenen Kulturforums, das regelmäßig veranstaltet werden sollte, sowie die Experten-Tagungen, die sowohl im Blick auf die Bundestagswahlen 1983 als auch die Europa-Wahlen 1984 dringend erforderlich wären: An aktuellen Themen mangelt es durchaus nicht!

Die Gesamtpartei sollte das vom Vorstand gebilligte kulturpolitische Papier sehr ernstnehmen: Auch das wäre ein Novum in der langen und leider durchaus nicht immer glänzenden Kultur-Geschichte der SPD!

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der bayerische SPD-Europa-Abgeordnete, Volkmar Gabert, früherer Vorsitzender der bayerischen SPD, hat an CDU-Generalsekretär, Heiner Geißler, folgenden offenen Brief gerichtet:

"Geißler errichtet neue Mauer durch das deutsche Volk"

Werter Herr Geißler,

als einer, der bereits in jungen Jahren an der illegalen Arbeit gegen den Nationalsozialismus und an Vorhaben des Widerstandes teilgenommen hat, und der gleichzeitig sofort nach 1945 am Aufbau der Sozialdemokratie in Bayern und in Deutschland beteiligt war und aus dieser Zeit auch die besten Verbindungen zu den anderen demokratischen Parteien hat, fühle ich mich verpflichtet, ihnen nach ihren Ausführungen in Ludwigshafen zu schreiben.

Ich bin erschreckt über den beleidigenden Inhalt ihrer Rede. Was mich erschreckt, ist die Tatsache, daß sie mit ihren Formulierungen fast die Hälfte der deutschen Wähler beleidigen und eigentlich eine neue Mauer durch das deutsche Volk errichten, als wenn wir nicht schon durch eine Mauer genug Schaden hätten. Ich bin erschreckt, weil die Demokratie nur funktionieren kann, wenn es zwischen den demokratischen Parteien bei allen Gegensätzen ein Mindestmaß an Konsens gibt. Wenn dieser Mindestkonsens leichtfertig zerstört wird, haben nur Anti-Demokraten den Gewinn davon.

Die Entwicklung, die zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Deutschland führte, sollte für alle von uns eine große Lehre sein, niemals diesen Mindestkonsens zu zerstören.

Sie sind auf dem besten Weg dazu, denn sie haben in ihrer Rede Formulierungen gebraucht, die mich an eine Epoche in der deutschen Geschichte erinnern, von der ich glaube, daß sie endgültig vorbei ist. Auch wenn sie Bert Brecht zitieren, haben sie doch damit Sozialdemokraten als Verbrecher bezeichnet und praktisch die anständigen Deutschen aufgefordert, sich von der SPD zu distanzieren. Das heißt also, daß sie die 44 Prozent der Wähler, die sozialdemokratisch gewählt haben, als unanständig bezeichnen und ihre Argumentation gilt natürlich genauso für die Wähler, die sich am 6. März für die Sozialdemokratie aussprechen werden. Ihnen gebührt der traurige Ruhm, Argumente zu verwenden, die abträglich sind für unsere demokratische Entwicklung und die zerstörerisch sind im Hinblick auf einen notwendigen Mindestkonsens zwischen Demokraten. Da sie Generalsekretär einer demokratischen Partei und Minister der Bundesregierung sind, kann man auch nicht annehmen, daß sie nicht gewußt haben, was sie tun. Das macht die Sache umso ernster. In tiefer Sorge um die weitere demokratische Entwicklung

Volkmar Gabert.

(-/10.1.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

